Beschluss B. Gerechtigkeit schaffen - Chancen stärken: 8. Wir sichern flächendeckende Gesundheitsversorgung

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	04.02.2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir sichern flächendeckende Gesundheitsversorgung

Gesundheit ist ein hohes Gut. Alle Menschen wollen möglichst lang gesund bleiben. Wir legen daher einen besonderen Fokus auf Prävention und Vorsorge. Doch klar ist auch: alle Menschen sollen die Versorgung und Unterstützung bekommen, die sie brauchen, ob bei Krankheit, Geburt, Pflege im Alter oder Unfällen. Damit das auch in Zukunft gelingt, müssen jetzt die richtigen Weichen in der Gesundheitspolitik gestellt werden, die sowohl die Bedürfnisse in Städten als auch in ländlichen Räumen gleichberechtigt in den Blick nimmt.

Es ist besorgniserregend, dass in vielen Bereichen des Gesundheitswesens Versorgungsstrukturen wegbrechen. Gerade im ländlichen Raum schließen immer mehr Hausarztpraxen und Geburtstationen ohne Ersatz. Die Bevölkerung in Thüringen wird zunehmend älter und schrumpft in einigen Regionen besonders stark. Dazu kommen der demografische Umbruch und der Fachkräftemangel. Unsere Strukturen vor Ort müssen sich daran anpassen, ohne dabei die flächendeckende Versorgung mit medizinischen Diensten zu gefährden. Die Absicherung einer flächendeckenden Geburtshilfe mit echter Wahlfreiheit und guter Betreuung liegt uns hierbei besonders am Herzen.

Gleichzeitig wird gerade in medizinischen, therapeutischen und Pflegeberufen der Fachkräftemangel immer gravierender und bedroht die Versorgungsqualität. Daher gilt es weiterhin, diese Berufsgruppen in ihrer Arbeit durch Entlastung attraktiver zu gestalten und gezielt Fachkräfte anzuwerben. Mit der Klimakrise und den heißer werdenden Sommern kommen auf den Gesundheitsschutz zudem neue Aufgaben zu, die jetzt vorbereitet und umgesetzt werden müssen.

Die rot-rot-grüne Landesregierung hatte es sich zum Ziel gesetzt, die Strukturen für eine stabile und qualitativ hochwertige Versorgung in Thüringen zu stärken. Die Krankenhausförderung wurde entsprechend dem Krankenhausplan angepasst. Wir haben eine Facharztquote in Krankenhäusern eingeführt und sind erste Schritte hin zu einer stärkeren Verzahnung von stationärer und ambulanter Behandlung gegangen. Diesen Weg wollen wir weiterführen, die Qualität der Versorgung weiter erhöhen und die Zahl der Angebote mindestens halten.

Kernziele:

- Langfristig tragfähige Gesundheitsstrukturen in Thüringen auch im ländlichen Raum schaffen über einen fundierten Krankenhausplan, Stärkung ambulanter Maßnahmen und regionale Versorgungszentren
- Gesundheitsvorsorge mehr in den Blick nehmen
- Pflege über verbindliche Bedarfsanalyse auf Kreisebene und attraktive Arbeitsbedingungen stärken
- Geburtshilfe in Thüringen flächendeckend sicherstellen, Wahlfreiheit stärken und Betreuungsqualität ausbauen
- Hitzeschutz mehr in den Blick nehmen und zum neuen Standard machen

Tragfähige Strukturen für eine hochwertige Gesundheitspolitik

Unsere oberste Prämisse ist die Absicherung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung. Aber natürlich muss auch die Qualität stimmen. Das geht nur mit einem innovativen Konzept, welches auf Kooperation und Vernetzung zwischen den verschiedenen Gesundheitseinrichtungen und -berufen setzt. Nur in Kooperation können die unterschiedlichen Gesundheitsberufe der Medizin, Therapie und Pflege ihre Fachkompetenzen optimal einsetzen. Denn eines ist klar: die zu versorgenden Personen müssen immer im Mittelpunkt stehen.

Um eine qualitativ hochwertige wohnortnahe Versorgung sicherzustellen, setzen wir auf vorausschauende Planung, eine bessere Verzahnung von stationären und ambulanten Angeboten, Telemedizin sowie gezielte Anreize in Mangelbereichen. Hoch spezialisierte Leistungen gilt es über Kooperation und Koordinierung über das Land zu verteilen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Eine am medizinischen, therapeutischen und pflegefachlichen Bedarf orientierte Planung für alle Gesundheitsbereiche in Thüringen
- Bedarfsgerechte Fortentwicklung der Thüringer Krankenhausstruktur, die regional gute Versorgung sicherstellt und gleichzeitig Spezialisierungen thüringenweit koordiniert
- Ausbau ambulanter Angebote voranbringen, um Notaufnahmen und Kliniken gezielt zu entlasten
- Förderung der Niederlassung von (Fach-)Ärzt*innen im ländlichen Raum, auch in medizinischen Versorgungszentren (MVZ)
- Einrichtung von kommunalen gemeinwohlorientierten regionalen Gesundheitszentren unterstützen, in denen alle Gesundheitsberufe unter

gemeinsamer Trägerschaft auf Augenhöhe zusammenarbeiten und Ärzt*innen angestellt werden können

- Erprobung und Etablierung neuer Versorgungsstrukturen, bspw. Community Health Nurses, Primärversorgungszentren, Gesundheitskioske
- Zugang von behinderten Menschen zu medizinischen Dienstleistungen sicherstellen
- Weitere Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes gemeinsam mit den Kommunen
- Ausbau und Weiterentwicklung von etablierten Programmen wie AGATHE und VERAH in Thüringen, beispielsweise Öffnung des VERAH Programms für Pflegefachpersonen (siehe Kapitel Soziales)
- Steigerung der Attraktivität von Pflegeberufen unter anderem durch flexiblere Arbeitszeitregelungen und Arbeitszeitreduzierungen, leichteren Zugang zur Ausbildung, Qualifizierung von bisherigen Hilfskräften, bessere Angebote zur psychologischen Begleitung
- Gemeinsam mit relevanten Akteur*innen Erarbeitung einer Strategie zur Erhöhung der Behandlungskapazitäten bei Neurodivergenz
- Gezieltes Anwerben von internationalen Fachkräften in medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Berufen (siehe Kapitel internationale Fachkräfte)
- Leichterer Zugang von Zugewanderten zu Ausbildungsangeboten für diese Berufe
- Bedarfsgerechte Höhe der Investitionszuschüsse für Kliniken in Thüringen sicherstellen, insbesondere gezielte Unterstützung für Maßnahmen zur Erreichung der Klimaneutralität
- Krankenhausförderung an gute Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter*innen koppeln, beispielsweise über verpflichtende Tarifbindung
- Entwicklung einer gemeinsamen Landesstrategie Medizin 4.0 zur Digitalisierung des Gesundheitssektors und Öffnung der bestehenden Förderprogramme zur Förderung der Digitalisierung für Vereine,

gemeinnützige GmbHs, Genossenschaften und Stiftungen im medizinischen Bereich

- Beibehaltung der Facharztquote in Krankenhäusern
- Gezielte Maßnahmen zum Erhalt der Apotheken in Thüringen besonders im ländlichen Raum, unter anderem durch Verbesserung der Fachkräftesituation und finanzielle Unterstützung bei Praxiseröffnungen oder -übernahmen
- Ausbau der Möglichkeit, Patient*innen rund um die Uhr für ein telemedizinisches Beratungsgespräch mit einer Ärztin oder einem Arzt zu verbinden
- Stärkung des medizinischen Forschungsstandorts Thüringen
- Verbesserung der Telematikinfrastruktur (TI) und Unterstützung aller Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen bei der Anbindung
- Finanzierung des „Anonymen Krankenschein“ für Menschen, die nicht krankenversichert sind, bis eine bundesweite Lösung gefunden ist
- Erhalt der Perinatalzentren Level 1 und 2 (Frühgeborenenstationen)
- Modellprojekt zur Einrichtung von Demenzbeauftragten in Thüringer Krankenhäusern und Rehakliniken
- Landesweites Angebot an Anlaufstellen für Schwangerschaftsabbrüche sichern

Prävention ist die beste Gesundheitsförderung

Am besten ist es immer noch, wenn Menschen gar nicht erst krank werden. Gesundheitsförderung und -vorsorge müssen daher einen höheren Stellenwert in der Politik erhalten. Dabei spielen vor allem Sport und regelmäßige Bewegung eine große Rolle. Gerade in Zeiten, in denen Bewegung durch viele sitzende Tätigkeiten immer mehr abnimmt, braucht es hier größere Anstrengungen. Das Land sollte seine koordinierende Rolle hier noch stärker wahrnehmen, um die Prävention landesweit zu stärken.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Verpflichtung der Landesregierung zur Vorlage eines Gesundheitsförderplans zu Beginn der Legislatur, in dem Ziele und Schwerpunkte der

Gesundheitspolitik der Landesregierung definiert und bestehende Strukturen dargestellt werden

- Stärkung, Evaluierung und Weiterentwicklung der Präventionsangebote und der Gesundheitsförderung insbesondere für ältere Menschen, unter anderem der Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Thüringen e.V. (AGETHUR)
- Förderung von sozialen Freizeit-, Sport- und Bewegungsangeboten mit dem Ziel, die WHO-Bewegungsempfehlungen zu erfüllen
- Entwicklung von Konzepten, um Freizeit- und Sportangebote auch während Ausnahmesituationen aufrechtzuerhalten.
- Etablierung von mehr öffentlichen Trainingsmöglichkeiten für Menschen jeden Alters wie bspw. Calisthenics-Anlagen, "Seniorenspielplätze" oder "Trimm-dich-Pfade"
- Entwicklung und Finanzierung von zielgruppenorientierten Gesundheits-, Aufklärungs- und Informationsangeboten in Schulen und Betrieben
- Angebot von Erste-Hilfe-Kursen an allen Thüringer Schulen

Pflege: Angebote sichern, Pflegekräfte entlasten

Wir alle sind auf eine gute Pflege angewiesen. Ob bei Krankheit, Verletzungen oder im Alter – jede Person in Thüringen wird früher oder später einmal Pflege benötigen. Laut der WHO ist die Pflege ein Beruf, der die „Gesundheit, Selbstbestimmungsfähigkeit, Selbstvertrauen und soziale Teilhabe fördert und erhält“ und damit eine zentrale Rolle in unserer Gesellschaft einnimmt. Für unsere Gesellschaft ist es daher essenziell, dass Pflegestrukturen funktionieren und in hoher Qualität flächendeckend verfügbar sind.

Denn für uns muss Pflegepolitik den möglichst langen Erhalt einer selbstbestimmten und selbstständigen Lebensführung für alle Menschen als Maxime betrachten. Das kann nur funktionieren, wenn sich die Attraktivität des Pflegeberufs weiter deutlich erhöht. Die prekären Arbeitsbedingungen, die in der Pflege vor allem Frauen betreffen, müssen daher endlich ein Ende finden. Zusätzlich muss das Land seine politischen Möglichkeiten stärker nutzen, um eine gute Pflege in ganz Thüringen zu gewährleisten. Im Bund setzen wir uns darüber hinaus für einen Ausbau der Lohnersatzleistungen bei der Pflege von pflegebedürftigen Angehörigen und für eine gemeinwohlorientierte Reform der Pflegefinanzierung ein, damit Pflege in Zukunft nicht zu einem Luxusgut wird.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Bedarfsorientierten Ausbau und Förderung der Angebote für Pflege, Unterstützungs- und Entlastungsleistungen sowie Beratung in Thüringen
- Entwicklung eines Pflegefördergesetzes mit dem Ziel, die Pflege in Thüringen durch gezielte Maßnahmen für die Herausforderungen der Zukunft fit zu machen
- Stärkung der unabhängigen Qualitätskontrollen in Pflegeheimen
- Flächendeckenden Aufbau von möglichst aufsuchenden Pflegeberatungsangeboten vor Ort fördern, insbesondere in Form von Pflegestützpunkten oder mobilen Angeboten
- Gezielte Entlastung von pflegenden Angehörigen durch ausreichend Angebote zur Kurzzeit- und Verhinderungspflege sowie bedarfsgerechte Unterstützungsangebote
- Etablierung einer standardisierten und verbindlichen Pflegeplanung in allen Landkreisen und kreisfreien Städten, um bedarfsorientierte Versorgungsstrukturen vor Ort zu gewährleisten
- Förderung eines Branchentarifvertrags für die Sicherstellung einer gerechten Entlohnung, guter Arbeitsbedingungen in der Pflege und einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Angebot einer Supervision/Seelsorge/Resilienzstärkung für Pflegende (Arbeitgeber*innen sollen verpflichtend das Angebot machen)
- Pflegeausbildung evaluieren, um die hohe Abbruchrate zu senken und ausbildungsbegleitende Maßnahmen zur gezielten Unterstützung bei Herausforderungen einzuführen
- Unterstützung der Akut- und Langzeitpflege bei der Umsetzung der neuen bundesrechtlichen Personalbemessungsinstrumente
- Weiterentwicklung von fachlichen Beteiligungsstrukturen der Pflege, insbesondere des Landespflegeausschusses zu einer gleichberechtigten Beteiligung aller Akteure der Thüringer Pflege
- Initiative zur repräsentativen Befragung der in Pflegeberufen Beschäftigten, um über die Einrichtung einer Selbstverwaltungsorganisation zur Vertretung der berufspolitischen Interessen (beispielsweise einer Pflegekammer) zu entscheiden
- Weiterentwicklung der Beratungsangebote der betrieblichen Pflegelots*innen, um Arbeitgeber*innen und -nehmer*innen zu Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege zu beraten
- Seelsorge- und Supervisionsangebote für Pflegekräfte zum Standard machen
- Finanzielle Entlastung von pflegebedürftigen Menschen in stationären Pflegeeinrichtungen durch gezielte Investitionskostenförderung,

insbesondere mit Blick auf nötige Investitionen zur Erreichung der Klimaneutralität und zur Digitalisierung

Versorgung vor, während und nach der Geburt

Schwangere verdienen jede denkbare Unterstützung. Sie haben gesetzlichen Anspruch auf persönliche Begleitung durch Hebammen in der Schwangerschaft, während der Geburt, im Wochenbett und zu Hause.

Schwangere benötigen wohnortnahe Strukturen, die eine gute Versorgung und Wahlfreiheit garantieren. Da in Thüringen immer mehr Kreißsäle schließen und der demografische Umbruch die Geburtenzahlen sinken lässt, ist der Handlungsbedarf hier besonders groß. Geburtshilfe gehört für uns zur Grundversorgung – und als solche möchten wir sie auch in Zukunft ganz besonders fördern und unterstützen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Gewährleistung der Wahlfreiheit des Geburtsortes sowohl klinisch als auch außerklinisch
- Verstetigung der Förderung einer dezentralen und bedarfsgerechten Versorgung mit Hebammenhilfen sowie bei Frühgeborenenstationen und der Kinderärztlichen Versorgung
- Gezielte Unterstützung von Kreißsälen in mangelversorgten Regionen und Aufstockung des Rettungsdienstes
- Pilotprojekt zur besseren Verzahnung von Geburtshilfe und Rettungsdienst auf den Weg bringen
- Förderung und Ausbau von Geburtshäusern, hebammengeleiteten Einrichtungen und Hebammen-Kreißsälen
- Schaffung von Kliniken vorgeschalteten Hebammen-Kompetenz-Zentren in unterversorgten Regionen als erste Anlaufstelle
- Fortsetzung des „Runden Tisch Familie und Geburt“
- Erstellung von regelmäßigen und öffentlich zugänglichen Thüringer Frauengesundheitsberichten mit Aufarbeitung von Gewalt in der Geburtshilfe
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Hebammen in Kliniken unter Anwendung des Hebammengesetzes und Anpassung der Thüringer Berufsordnung von 1998 an Bundesrecht
- Fortsetzung der Akademisierung des Hebammenberufes und Modernisierung der Heilberufe-Verordnung
- Ermöglichung des nachträglichen Titelerwerbs für Bestandshebammen sowie der Anerkennung von DDR-Fachschulabschlüssen
- Multiprofessionelle Hilfe in schwierigen Situationen während der Geburt, niedrigschwellige Informationen zur Möglichkeit einer anonymen Geburt und sich in Thüringen befindlichen Babyklappen bereitstellen
- Unterstützung der Städte und Gemeinden bei der Umsetzung des Thüringer Leitfadens "Die stillfreundliche Kommune"
- Unterstützung der Kommunen bei der Schaffung ambulanter Mütter- und Familienberatungen durch Hebammen
- Einbindung von Hebammen in Krisenstäbe bei außergewöhnlichen Situationen

Mentale Gesundheit stärker in den Blick nehmen

Psychische Krankheiten und mentale Belastungen sind ein immer größeres Problem unserer Gesellschaft – und treffen zunehmend auch junge Menschen. Aber auch andere besonders vulnerable Gruppen müssen stärker in den Blick genommen werden, um mentale und psychische Gesundheit zu sichern und wiederherzustellen. Von

älteren und queeren Menschen, Kindern von psychisch erkrankten Eltern und Menschen mit Fluchthintergrund über Kinder, die Opfer von sexualisierter oder häuslicher Gewalt wurden bis hin zu ehemaligen Heimkindern.

Wir möchten daher alles dafür tun, dass die Stigmatisierung von psychischen Krankheiten ein Ende hat und jeder Mensch hürdenlos, wohnortnah, kostenfrei und qualitativ hochwertigen Zugang zu psychologischen Beratungs- und Therapieangeboten erhält. Ein besonders wichtiger Punkt ist für uns auch die Prävention: Daher setzen wir auch in Zukunft auf Schulungen zu Stärkung der mentalen Resilienz und im Umgang mit psychischen Erkrankungen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Allgemeiner Zugang zu kostenfreien, wohnortnahen und qualitativ hochwertigen psychologischen Beratungs- und Therapieangeboten
- Leichterer Zugang zu medizinischer Reha und Soziotherapie
- Aufbau einer präventiven psychosozialen Beratung
- Mehr Kassensitze für psychotherapeutische und psychiatrische Niederlassungen, insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie
- Regelmäßiger Bericht zur psychischen Gesundheit in Thüringen und Monitoring der Bedarfe
- Präventionsangebote in Bildungseinrichtungen und Aufnahme des Themas „mentale Gesundheit“ in den Lehrplan
- Unterstützung von Angeboten wie dem Kinder- und Jugendsorgentelefon
- Bessere Integration von aufgrund psychischer Erkrankungen eingeschränkt arbeitsfähiger Menschen in den Arbeitsmarkt

Gesunde Ernährung ermöglichen

Eine gesunde Ernährung ist ein wichtiger Bestandteil gesundheitlicher Prävention. Der Zugang zu gesunden und bezahlbaren Lebensmitteln muss für alle Bürger*innen Thüringens möglich sein. Wir wollen, dass Wissen über gesunde Ernährung und die Zubereitung von Lebensmitteln einen höheren Stellenwert bekommt.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Gesundes Essen nach etablierten Qualitätsstandards und aus regionalen, ökologisch und klimagerecht erzeugten Produkten
- Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung, der Kita, über Schulen, Betriebskantinen, Behörden, Senioren (-Einrichtungen) und Krankenhäusern
- Förderprogramm für Gemeinschaftsverpflegung mit bio-regionalen Lebensmitteln
- Gründung eines Kompetenzzentrums Gemeinschaftsernährung
- Informationskampagnen für gesunde Ernährung und Aufnahme in den Thüringer Lehrplan

Hitzeschutz zum Standard machen

Die Klimakrise belastet nicht nur den Planeten – auch uns Menschen wird sie zunehmend zusetzen. Mehr Hitzetage, heißere Sommer und weniger Niederschläge sind auch eine Bedrohung für die Gesundheit von uns Menschen. Insbesondere Kinder, Schwangere, Kranke und Ältere leiden unter den klimatischen Veränderungen. Hier gilt es, unsere Städte, Gemeinschaftseinrichtungen sowie unsere gesellschaftliche Infrastruktur fit für den Hitzeschutz zu machen. Mit der Toolbox Hitzeschutz haben wir den Kommunen bereits eine ganze Maßnahmenpalette an die Hand gegeben. Diese gilt es nun flächendeckend umzusetzen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Fortlaufende Unterstützung der Kommunen sowie des Gesundheits- und Sozialwesens bei der Umsetzung von Hitzeschutzmaßnahmen
- Vorkehrungen für baulichen Hitzeschutz, Fassadenbegrünung und Verschattung zum neuen baulichen Standard machen, auch im Denkmalschutz
- Hitzeschutz in den landeseigenen Liegenschaften sicherstellen
- Förderprogramme für öffentliche Trinkbrunnen
- Hitzeschutz insbesondere bei Schulen (bauliche Maßnahmen, Schulsport, Hitzefrei) stärker in den Blick nehmen

Drogen: Prävention und Jugendschutz statt Kriminalisierung

Aufklärung statt Stigmatisierung, wirksame Maßnahmen statt Kriminalisierung: Unser Ziel ist eine Drogenpolitik, die für den selbstbestimmten Umgang mit Drogen sensibilisiert. Zeitgleich muss der Kinder- und Jugendschutz gestärkt und somit der Entstehung und den Folgen von Suchterkrankungen entgegengewirkt werden.

Deshalb setzen wir hier auf eine moderne Politik, die über Risiken aufklärt und Konsumierende nicht unter Generalverdacht stellt. Jede Sucht ist eine Krankheit – und suchtkranke Menschen benötigen Hilfe, um wieder zu genesen.

Unser Ziel ist eine Drogenpolitik, die statt Stigmatisierung und Kriminalisierung Aufklärung anbietet und mit wirksamen Maßnahmen für den selbstbestimmten Umgang mit Drogen sensibilisiert, den Kinder- und Jugendschutz stärkt und damit der Entstehung und den Folgen von Suchterkrankungen entgegenwirkt. Deswegen setzen wir auf eine moderne Drogenpolitik, die über Risiken aufklärt und Konsumierende nicht unter Generalverdacht stellt. Eine Sucht ist eine Krankheit. Suchtkranke Menschen brauchen Hilfe, um wieder gesund zu werden.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Förderung niedrigschwelliger Präventionsangebote zur Aufklärung und Suchtprävention
- Information und Prävention zur Vermeidung von substanz- und nichtsubstanzgebundenen Abhängigkeitserkrankungen
- Ausbau von Therapie- und Substitutionsangeboten
- Bereitstellung von Fort- und Weiterbildungsangeboten für Streetworker*innen und Schulsozialarbeiter*innen zu substanzbezogenen und/oder verhaltensbezogenem Missbrauch und Suchterkrankungen
- Ausbau von Drug-Checking und dazugehörigen Beratungs- und Testangeboten, um den Konsum und Gelegenheitskonsum von psychoaktiven Substanzen sicherer zu machen
- Stärkerer Ausbau von Substanzenanalysen sowie Evaluation der gewonnenen Ergebnisse mit Krankenhäusern, Rettungsdienst und Polizei
- Bereitstellung von Spritzentauschprogrammen und sicheren Konsumräumen zur Minimierung von Gesundheitsrisiken durch injizierenden Drogenkonsum
- Umsetzung der bundesgesetzlichen Initiative zur Entkriminalisierung von Cannabisbesitz sowie dessen Konsum und Anbau
- Unterstützung der einhergehenden drogenpolitischen Reform durch die Einrichtung von kontrollierten Cannabisabgabestellen und sicheren Konsumräumen zur Einhaltung des Kinder- und Jugendschutzes
- Präventive Bildungsangebote über den Konsum von Drogen, aber auch von Alkohol, Tabak und Glücksspiel zur Risikovorsorge stärken